

**Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am**  
**24.06.2010**

---

Tagungsort:       Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr  
                      Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn:            17:00 Uhr  
Sitzungspausen:  18:30 bis 18:32 Uhr  
Ende:              19:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Kögler (CDU)

CDU

Frau Bacso  
Frau Wehmeyer  
Herr Weigert

SPD

Herr Baum  
Herr Heimbeck  
Frau Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Brunnert  
Frau Flegel-Hoffmann  
Frau Herting  
Frau Pfaff

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Die Linke

Frau Thiel-Youssef

Von der Verwaltung/Externe Berichterstatter:

Herr Grünkemeier, Amt für Verkehr  
Herr Röse, v.B.S. Bethel  
Herr Pappert, Planungsbüro Pappert & Weichynik  
Herr Seifert, Immobilienservicebetrieb

Entschuldigt fehlt:

Herr Lichtenberg (Bündnis90/Die Grünen)

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Bezirksvorsteher Kögler begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

-.-.-

#### **Zu Punkt 1**

### **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

#### **Zu Punkt 2**

### **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 7. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 27.05.2010**

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 27.05.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

#### **Zu Punkt 3**

### **Mitteilungen**

#### **1. Schriftstücke**

Mit der Einladung versandt:

Umweltamt: Informationen zur Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung

Als Tischvorlage verteilt:

Schreiben des Herrn Jens Magdanz vom 21.06.2010 zur geplanten Wohnbebauung am Botanischen Garten

## **2. Baumpflegemaßnahmen im Eggeweg**

Im Bereich des Eggeweges werden ab dem 21.06.10 turnusmäßige Baumpflegearbeiten durchgeführt, u. a. Kronenpflege und Freischneiden des Lichtraumprofils.

Im Zuge dieser Maßnahmen wird zudem ein Baum aus Verkehrssicherungsgründen entfernt, bei dem sich im Stammbereich Torsionsrisse ausgebildet haben.

Im Sinne einer wirtschaftlichen Arbeitsabwicklung und zur Vermeidung eines ansonsten erneut notwendig werdenden Aufwandes für Absperrmaßnahmen werden gleichzeitig zwei Bäume entfernt, durch deren Baumkronen eine ausreichende Ausleuchtung der Fahrbahn und des Gehweges beeinträchtigt ist, da sich die Beleuchtungskörper quasi in den Kronen der Bäume befinden. Eine Verbesserung der Beleuchtungssituation ist durch gezielte fachgerechte Schnittmaßnahmen im Kronenbereich nicht zu erreichen.

Der Umweltbetrieb weist darauf hin, dass es in Abstimmung mit dem Amt für Verkehr und den Stadtwerken Bielefeld an den übrigen Standorten vorhandener Konfliktlagen von Straßenbeleuchtung und Bäumen im Straßenzug gelingen wird, die Bäume durch Umsetzen der Beleuchtungsmasten zu erhalten.

Es ist vorgesehen, in der nächsten Vegetationsruhe Baumersatzpflanzungen vorzunehmen.

## **3. Sperrung der Artur-Ladebeck-Straße**

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Die Artur-Ladebeck-Straße muss zwischen der Astasträße und der Eisenbahnstraße in der Zeit vom 28.06. bis 22.10.2010 für die Neuverlegung von Gas-, Wasser- und Elektroleitungen teilweise gesperrt werden.

-.-.-

## **Zu Punkt 4**

### **Anfragen**

Mündliche Anfrage von Frau Pfaff (Bündnis 90 /Die Grünen)

**Darf auf Schulhöfen Rattengift ausgelegt werden?**

Zusatzfragen:

**Gab es kürzlich einen Auftrag, Rattengift auf dem Gelände der Martinschule auszulegen und kam es dadurch zu einem Unfall?**

**Von wem wurde ggf. der Auftrag zur Schädlingsbekämpfung erteilt?**

Mündliche Begründung:

Auf dem Gelände der Martinschule wurde Rattengift in entsprechenden

Behältern ausgelegt. Nachdem einige Behälter von Unbekannten aufgebrochen wurden, haben zwei Kinder an einem Sonntag das Gift gegessen in der Annahme, es handele sich um weiße Schokolade.

Frau Stude erklärt, dass eine Antwort in der nächsten Sitzung gegeben werde.

-.-.-

#### Zu Punkt 4.1

#### **Umkleiden und WC-Gebäude im Botanischen Garten** **- Antwort auf die mündl. Anfrage der BfB in der Sitzung vom 27.05.2010 -**

Text der mündlichen Anfrage aus der Sitzung vom 27.05.2010 (BfB):

*Wann wird mit dem An- und Umbau des Umkleide- und WC-Gebäudes im Botanischen Garten begonnen und wann ist mit der Fertigstellung, insbesondere der Toilettenanlage, zu rechnen?*

*Zusatzfrage:*

*Bleibt es bei den gestalterischen Plänen, wie sie der Bezirksvertretung Gadderbaum durch den Immobilienservicebetrieb im Dezember 2009 vorgestellt wurden?*

Dazu teilt der Immobilienservicebetrieb mit:

Zum jetzigen Zeitpunkt kann der Immobilienservicebetrieb (ISB) keine Aussagen zum Baubeginn bzw. zur Fertigstellung der Maßnahme treffen. Aufgrund der stark veränderten Haushaltssituation der Stadt Bielefeld wurde das Projekt hinsichtlich seiner Gesamtdimension sowie der weiteren nutzerspezifischen Veränderungen nochmals zwischen den Betriebsleitungen des ISB und des Umweltbetriebes diskutiert und veränderte Planungen in Auftrag gegeben. Überdies befindet sich dieses Projekt mit seinem Investitionsbedarf derzeit auf der Liste der städtischen Investitionsmaßnahmen für die Bezirksregierung Detmold. Eine entsprechende Freigabemitteilung liegt derzeit nicht vor.

Zur Zusatzfrage:

Die im Dezember 2009 der Bezirksvertretung vorgestellten Gebäudeplanungen müssen überdies nach Rücksprache mit dem Bauamt weiter verändert werden, um eine Genehmigungsfähigkeit zu erlangen. Nach Abschluss der o. g. Entscheidungsprozesse hinsichtlich der Investitionsmittel sowie der gestalterischen und nutzerspezifischen Bauplanungen wird der ISB das Gesamtprojekt unaufgefordert der Bezirksvertretung Gadderbaum nochmals vorstellen.

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -**

-.-.-

Zu Punkt 5

## Anträge

Zu Punkt 5.1

### Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf dem Ostwestfalendamm (OWD)

#### - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1168/2009-2014

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, die stationäre Geschwindigkeitsmessanlage, die auf der Bundesautobahn A 2 während der dortigen Bauarbeiten für einen längeren Zeitraum abgebaut werden muss, vorübergehend auf dem Ostwestfalendamm zu installieren, um auch die Richtung Brackwede stadtauswärts führende Fahrbahn kontrollieren zu können.**

Herr Ellermann gibt dazu eine Mitteilung des Amtes für Verkehr wieder, das sich in Kenntnis des Antrages bereits zu der Angelegenheit geäußert habe:

*„Der Stadtentwicklungsausschuss hat am 20.04.2010 beschlossen, dass am OWD eine weitere Geschwindigkeitsmessanlage geschaffen werden soll. Die Investition der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage ist in einer Dringlichkeitsliste enthalten, die mit der Bezirksregierung Detmold abzustimmen ist. Dieses ist erforderlich, da die Stadt Bielefeld zurzeit keinen genehmigten Haushalt hat. Das Amt für Finanzen und Beteiligungen ist in dieser Sache tätig. Sobald die Stadt Bielefeld die Genehmigung der Bezirksregierung hat, kann die Geschwindigkeitsüberwachungsanlage beauftragt und aufgebaut werden.“*

*Nach der jetzt vorliegenden Information wird die Geschwindigkeitsmessanlage auf der A 2 in 2010 wegen Bauarbeiten nur für wenige Wochen abgebaut werden, so dass die Anlage nach dieser Bauphase wieder in Betrieb gehen wird. Diese kurze Abbauzeit ist nicht ausreichend für einen Wiederaufbau der Anlage auf dem OWD.“*

Herr Ellermann erklärt außerdem, dass vor den Sommerferien nicht mit einer Entscheidung der Bezirksregierung zu rechnen sei. Die Geschwindigkeitsmessanlage werde am 10.08.2010 an der A2 abgebaut, um nach Beendigung des ersten Bauabschnitts am 10.11.2010 wieder aufgebaut zu werden. Der zweite Bauabschnitt erstreckte sich von April 2011 bis zu den Sommerferien 2011. Es sei nach Auskunft des Ordnungsamtes beabsichtigt, in diesem Zeitraum im Baustellenbereich die Anlage in Betrieb zu lassen. Ob das technisch möglich sein werde, könne allerdings noch nicht abschließend beurteilt werden. Auch die Finanzierung des Transportes der Anlage von der A 2 zum Ostwestfalendamm und des erneuten Eichens der Anlage unterliege der vorläufigen Haushaltsführung.

Herr Brunnert erklärt, dass der Antrag auf der Information beruht habe, dass die Geschwindigkeitsmessanlage an der A 2 für ca. 11 Monate nicht gebraucht werde. Sofern die Anlage auch während des zweiten Bauabschnitts an der A 2 zum Einsatz kommen könne, solle sie dort belassen

werden. Andernfalls solle eine Umsetzung auf den OWD erfolgen, da die eingespielten Bußgelder die Kosten decken könnten. Das müsse auch der Bezirksregierung durch einen Hinweis in der Dringlichkeitsliste verdeutlicht werden.

Herr Kögler, Herr Witte und Herr Heimbeck sehen keine Veranlassung, aufgrund der neuen Sachlage zum jetzigen Zeitpunkt über den Antrag zu entscheiden.

Nach einer kurzen Diskussion zieht Herr Brunnert den Antrag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurück.

-.-.-

**Zu Punkt 6**                    **Informationen der von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel (v.B.S. Bethel)**

**Zu Punkt 6.1**                **Geplantes Kinderhospiz Bethel**

Herr Röse, v.B.S. Bethel, und Herr Pappert, Planungsbüro Pappert & Weichynik, erläutern die Planungen.

Herr Röse führt aus, dass sich die v.B.S. Bethel vor ca. zwei Jahren entschlossen hätten, ein Kinderhospiz als Spendenprojekt zu bauen und zu betreiben. Öffentliche Zuschüsse gebe es dafür nicht. Der Standort werde neben der kirchlichen Hochschule am Remterweg sein, das ehemalige Studentenheim abgerissen. Den Architektenwettbewerb habe das Bielefelder Planungsbüro Pappert & Weichynik gewonnen. Der Bauantrag werde in den nächsten Tagen gestellt. Man beabsichtige, das Gebäude als Passivbau zu errichten und Geothermie zwecks Kühlen/Heizen des Gebäudes sowie Solarenergie zu nutzen.

Herr Pappert erklärt, dass das Gebäude ca. 2.000 m<sup>2</sup> Nutzfläche umfassen werde. Er präsentiert Ansichten und Grundrisszeichnungen anhand einer Powerpoint-Präsentation. Die Konzeption basiere nicht auf der Idee, dass Kinder dort hinkämen um zu sterben. Eine Familie mit einem schwer kranken Kind habe vielmehr einen Anspruch darauf, vier Wochen pro Jahr in einem Kinderhospiz Urlaub zu machen (Finanzierung durch die Krankenkasse). Die Familie solle also die Möglichkeit erhalten, sich dort zu erholen und das erkrankte Kind gleichzeitig weiterhin optimale medizinische Betreuung erhalten. Dabei habe man die Möglichkeit, sich mit anderen Familien auszutauschen. An dieser Aufgabenstellung orientiere sich die Architektur, die vorherrschend „Urlaub“ assoziieren sowie freundlich anmuten solle. Es gebe auch die Möglichkeit, dass Freunde und Bekannte gemeinschaftlich vom Kind Abschied nehmen, zumal man über die Jahre sicher freundschaftliche Beziehungen zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie zu anderen Familien aufbauen werde. Daher gebe es auch einen Aufbahrungsraum. Das Konzept des Kinderhospizes sei mit dem eines Erwachsenhospizes kaum vergleichbar. Das Haus solle 10 Familien Platz bieten und sei geprägt von vier Baukörpern (ein- bzw. zweigeschossig) mit großen, lichten Räumen, einem Innenhof und großzügigen Glasfugen. Eine Herausforderung habe die ungleiche Höhensi-

tuation auf dem Gelände dargestellt, um im Haus und im Außenbereich absolute Barrierefreiheit zu erreichen. Jedes Zimmer für Kinder bzw. Jugendliche verfüge über einen großzügigen Sanitärbereich, außerdem seien ein Bewegungsbad und ein Pflegebad vorgesehen. Jedes Patientenzimmer werde über eine Terrasse verfügen, die Bewohnerzimmer der Eltern hingegen über je eine Loggia.

Herr Spilker fragt nach der Dachform.

Herr Pappert antwortet, dass man eine geneigte Dachform (Walmdach) ohne Dachüberstand mit Solarmodulen vorgesehen sei.

Weitere Nachfragen werden beantwortet.

Herr Röse zeigt sich überzeugt davon, dass es für eine derartige Einrichtung einen Bedarf mit entsprechender Nachfrage gebe. Da die Einrichtung nicht ständig voll belegt sei, werde man allerdings dauerhaft auf Spenden angewiesen sein.

---

## **Zu Punkt 6.2**

### **Projekt "Entwicklung der Ortschaft Bethel"**

Herr Klein, v.B.S. Bethel, verteilt eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Projektes „Ortschaftsentwicklung Bethel“ (**Anlage zur Niederschrift**).

Es sei Auftrag des Vorstandes der v.B.S. Bethel gewesen, ein Rahmenkonzept für die Ortschaft Bethel zu entwickeln. Es seien 500 Menschen, z.B. in diversen Workshops, an dem Prozess beteiligt worden. Dabei habe man Vorgaben aus der „Rahmenplanung Bethel“ berücksichtigt. So stehe die Öffnung Bethels verstärkt im Vordergrund. Ein weiteres Thema sei der Umgang mit Altimmobilien, z.B. mit Haus Tabor am Bethelweg, und freien Flächen gewesen. Zum Haus Tabor werde noch ein Nutzungskonzept erarbeitet, die alte Tischlerei, das alte Feuerwehrgerätehaus Bethel und die Brosa-Halle mit den Garagen demnächst abgerissen. Ein zentrales Projektergebnis sei die weitere Öffnung der Ortschaft Bethel, um das gemeinschaftliche Zusammenleben im Stadtteil zu fördern und auch externe Dienstleister und Gewerbebetriebe hier anzusiedeln. Die Ortschaft Bethel bleibe als Stammsitz der v.B.S. Bethel erhalten. Die Aufwendungen für die Infrastruktur wolle man senken, verstärkt mit externen Investoren zusammen arbeiten sowie transparente und abgestimmte Planungsprozesse stattfinden lassen. Schließlich gebe es mittlerweile ca. 200 Standorte der Stiftungen in Deutschland und die Ansprüche und Erwartungen dieser Einrichtungen müssten ebenfalls in Prozesse einbezogen werden. Anschließend geht Herr Klein auf die Themen „Produkte des Projektes“ sowie „Wie geht es weiter“ ein (Seiten 4 und 5 der Anlage). In den Prozess zum noch zu erstellenden Bebauungsplan im Hinblick auf den Stadtumbau West für den Kernbereich Bethel würde die Bezirksvertretung zu gegebener Zeit einbezogen.

Auf Nachfrage von Herrn Brunnert antwortet Herr Klein, dass im Kernbe-

reich Bethels Grundstücke auch weiterhin sicher nur verpachtet würden. In wieweit Verkäufe von Flächen in den Randbereichen in Frage kämen, sei vom Vorstand noch nicht abschließend geklärt.

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **5. Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1008/2009-2014

Herr Brunnert erklärt, dass eine Anhebung der Parkgebühren dringend geboten sei, zumal die letzte Erhöhung 1991 erfolgt sei. Im Vergleich zu den Kosten für die Benutzung des ÖPNV falle die Erhöhung seines Erachtens zu gering aus.

Herr Spilker erinnert daran, dass sich die Stadt Bielefeld im Wettbewerb mit anderen Kommunen befinde. Günstiger Parkraum sei ein Argument, in Bielefeld einzukaufen zu gehen. Er werde der Vorlage allerdings zustimmen.

#### **Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Rat, die 5. Änderungs-Verordnung der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Bielefeld (Parkgebührenordnung) gemäß den Anlagen 1 - 3 der Vorlage zu beschließen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 8

### **Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/1/56.00 "Am Forsthaus" für den Bereich zwischen den Häusern Roonstraße Nr. 13 und Nr. 23 sowie beidseitig der Dornberger Straße zwischen den Häusern Nr. 34 und Nr. 36 und zwischen den Häusern Nr. 35 und Nr. 39 im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB)**

**- Stadtbezirk Mitte -**

**- Stadtbezirk Gadderbaum -**

#### **Aufstellungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1093/2009-2014

Dazu hat die Bezirksvertretung Mitte am 17.06.2010 folgenden Beschluss gefasst:

1. *Der Bebauungsplan Nr. II/1/56.00 „Am Forsthaus“ ist im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) erstmalig aufzustellen. Der Geltungsbereich ist in nordwestlicher Richtung beidseitig der Dornberger Straße ab den Häusern Nr. 34 und Nr. 35 bis zur*



*Einmündung der Hardenbergstraße zu erweitern.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Grenzen des Erweiterungsbereiches unter städtebaulichen Gesichtspunkten vertretbar sind und dem Stadtentwicklungsausschuss in der nächsten Sitzung am 29.06.2010 das Ergebnis der Überprüfung vorzustellen.*
3. *Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.*
4. *Die frühzeitige Information und Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB soll zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.*

Herr Brunnert weist darauf hin, dass sich der Bereich des Bebauungsplanes nicht auch auf Gadderbaumer Gebiet erstrecke. Es seien nur die Grenzen berührt.

Herr Kögler schlägt der Bezirksvertretung Gadderbaum vor, die Vorlage und den Beschluss der Bezirksvertretung Mitte lediglich zur Kenntnis nimmt.

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die Vorlage sowie den dazu ergangenen Beschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 17.06.2010 zur Kenntnis -**

-.-.-

**Zu Punkt 9**

**Öffentliche Straßenbeleuchtung - Aussetzung der Umsetzung Prioritätenliste 2010 ff.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1098/2009-2014

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -**

-.-.-

**Zu Punkt 10**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**1. Baumaßnahmen im Remterweg**

Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 11.03.2010, TOP 10 (Auszug):

*Die Bezirksvertretung Gadderbaum legt die Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau von Straßen und Kanälen sowie die Reihenfolge*

für zusätzliche Straßenbeleuchtungseinrichtungen, für Überquerungshilfen und für Radwege wie folgt fest:

A) Straßenbau:

1. Gehweg am Remterweg zwischen Quellenhofweg und Haus Enon

(...)

Herr Grünkemeier, Amt für Verkehr, stellt anhand einer Zeichnung Details zum geplanten Bau des Gehweges im Remterweg zwischen Haus Enon und dem Quellenhofweg dar. Da es sich um eine Verbindung zu den Bushaltestellen im Quellenhofweg handele, könne man zur Finanzierung ÖPNV-Mittel heranziehen. Ansonsten hätte diese Maßnahme vor dem Hintergrund der vorläufigen Haushaltsführung nicht finanziert werden können. Ungefähr in Höhe des Fußweges Richtung Hotel Lindenhof plane man eine Querungshilfe (Verengung der Fahrbahn von 5,5 m auf 3,5 m). Der Gehweg werde in 2 m Breite mit Rundbordstein wegen der Krötenwanderungen angelegt. Anliegerbeiträge würden nicht fällig, da sich die Maßnahme im Außenbereich befinde. Nach dem kürzlich begonnenen Kanalbau habe man festgestellt, dass der Straßenunterbau ungenügend sei, was man korrigieren werde. Die Arbeiten sollten bis zum 15. August abgeschlossen sein, um schließlich mit dem Kanalbau im Karl-Siebold-Weg beginnen zu können.

Auf Nachfrage von Herrn Heimbeck erklärt Herr Grünkemeier, dass im Bereich des neuen Gehweges eine neue Beleuchtung installiert werde.

Herr Baum regt an, auch einen Reiterweg mit anzulegen, zumal die bereits vorhandenen Wege in der Nähe des Reitstalls Enon häufig verunreinigt seien. Erfahrungen im Bereich Bethels hätten außerdem gezeigt, dass Fahrzeuge insbesondere bei Begegnungsverkehr häufig über Gehwege mit Rundbordstein führen.

Herr Grünkemeier erwidert, dass eine Anliegerversammlung stattgefunden habe, auf welcher diese Planungen begrüßt worden seien. Das Anlegen eines parallel verlaufenden Reitweges sei im Übrigen Sache der v.B.S. Bethel. Wenngleich es an einigen Stellen innerhalb Bethels wegen der beengten Verhältnisse zu häufigen Gehwegüberfahrten komme, wobei Zwischenfälle nicht bekannt seien, sehe die Verwaltung aufgrund der übersichtlichen Situation keine Probleme bei der Anlegung eines abgesenkten Gehweges in dem besagten Abschnitt.

-.-.-

*Sitzungsunterbrechung von 18:30 bis 18:32 Uhr*

-.-.-

Frau Schneider begrüßt die Errichtung einer Fahrbahnverengung zur Geschwindigkeitsreduzierung.

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die Planungen zur Kenntnis -**

## **2. Sanierungsbedarf des Gadderbaumer Freibades**

Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 27.11.2008, TOP 5.1:

*Die BV Gadderbaum empfiehlt dem Rat der Stadt sich dafür einzusetzen, dass das Freibad Gadderbaum eine Grundsanierung erhält. Der Rat möge dafür auch die nötigen Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.*

Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 22.01.2009, TOP 8:

*Die Bezirksvertretung Gadderbaum stimmt der Maßnahme unter Ziffer 13 („Freibad Gadderbaum“) der Anlage I zur Vorlage nicht zu. Im Übrigen wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.*

*Die Bezirksvertretung fordert darüber hinaus, die Sanierung des Freibades Gadderbaum in die Liste der Projekte, die durch das Konjunkturprogramm der Bundesregierung gefördert werden sollen, aufzunehmen. Dabei soll dieses Projekt an eine Stelle der Liste gesetzt werden, die eine Realisierung ermöglicht.*

Der Aufsichtsrat der BBF - Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH hat in seiner Sitzung am 11.06.2010 folgenden Beschluss gefasst:

*„Unter Betrachtung der sich stetig verschlechternden wirtschaftlichen Situation der BBF sieht der Aufsichtsrat für den anstehenden Wirtschaftszeitraum 2011 - 2015 keinen Spielraum für umfassende unrentierlicher Investitionen in die vorhandenen Freibäder. Dies betrifft alle zurzeit von der BBF betriebenen Freibäder. Daher sieht der Aufsichtsrat zurzeit keine Möglichkeit, den Beschluss des Rates vom 25. Juni 2009 umzusetzen.*

*Der Aufsichtsrat bittet den Rat der Stadt Bielefeld, seine Entscheidung vom 25. Juni 2009 neu zu bewerten.*

*Für die Aufrechterhaltung des Betriebs der Freibäder werden im laufenden Wirtschaftsplan 2011- 2015 Mittel zur Verfügung gestellt.“*

Frau Pfaff zeigt sich über den Beschluss des Aufsichtsrates verwundert. Schließlich habe der Rat der Stadt in seinem Beschluss die Bereitstellung der Sanierungskosten seinerzeit in Aussicht gestellt.

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -**

-.-.-

**Zu Punkt 10.1**

**Bau einer gemischten Verkehrsfläche im Missionsweg (BV Gadderbaum, Beschluss vom 22.04.2010, TOP 2)**

Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 22.04.2010, TOP 2:

*Die Bezirksvertretung Gadderbaum verändert ihren Beschluss vom 11.02.2010 zum Ausbaustandard des Missionsweges nicht. Sie bittet die Verwaltung jedoch um Prüfung, ob das Abbiegen von Fahrzeugen vom Karl-Siebold-Weg in den Missionsweg durch bauliche Maßnahmen zur Verlangsamung des Verkehrs erschwert werden kann.*

Das Amt für Verkehr hat dazu mit Schreiben vom 25.05.2010 wie folgt Stellung genommen:

*„Der angesprochene Bereich wurde in 2008/2009 im Zuge der Bushaltestelle am Karl-Siebold-Weg neu hergestellt. Das heißt, dass der Gehweg dort auf 2 m verbreitert und eine taktile Führung eingebaut wurde.*

*Nach Umbau des Missionsweges wird die Mischverkehrsfläche ca. 15 m hinter der Einmündung beginnen. Diese bauliche, optisch auffällige Veränderung wirkt wie eine optische Bremse. Der Wechsel von der Asphaltfahrbahn auf die gepflasterte Mischverkehrsfläche erhöht nachweislich bei den Autofahrern die Aufmerksamkeit.*

*Der Einmündungsbereich Karl-Siebold-Weg/Missionsweg wird nach Auskunft des Umweltbetriebes in beiden Richtungen durch dreiachsige Fahrzeuge der Abfallentsorgung befahren. Der Einmündungsbereich könnte, nach Überprüfung der Schleppkurven, nur noch geringfügig eingeengt werden.*

*Die neu angelegten Gehwege sollen erhalten bleiben. Sollten bei der Baumaßnahme in diesem Bereich der Gehweg aufgenommen werden müssen, könnte man durch die Verbreiterung des Gehweges an dieser Stelle eine Einengung von ca. 1,00 m zusätzlich erreichen.“*

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -**

-.-.-